Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 171 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 81.— monatlich Mk. 27.— | Halver Montag, den 24. Juli 1922 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 80 Pfg., auswärts 1 Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 3.— Mk. Offerten-Besorgung 3.— Mk. | 22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der nach Paris zurückgekehrte Garantieausschuß ist der Ansicht, die Ausgaben Deutschlands könnten nicht wesentlich eingeschränkt werden, dagegen seien Maßnahmen zur wirklichen Steuereinziehung, zur Erledigung der Zwangsanleihe, gegen Kapitalflucht und Börsenspekulation notwendig.

* Im Auswärtigen Ausschuß sprachen sich die Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der beiden sozialistischen Parteien für, der Deutschnationale Dr. Helfferich gegen das Abkommen mit dem Garantieausschuß aus.

* Durch eine Rede des bekannten Kommunisten und früheren Ministers Sepp Oerter kam es im Braunschweiger Landtag zu Tätlichkeiten. Die Regierungsbildung wurde bis zum Herbst vertagt.

* In Italien haben die inneren Gegensätze nach dem Sturz des Kabinetts Facta nunmehr zur Proklamierung des Generalstreiks durch die Arbeiterparteien geführt.

* Infolge der fortschreitenden Ausdehnungen der Streiks in den Vereinigten Staaten drohen Ernährungsschwierigkeiten, die zur Ernennung eines Ernährungsdiktators führten.

* Dem dritten Deutsch-amerikanischen Nationalkongreß ist eine Reihe von Entschließungen vorgelegt, die sich scharf gegen die Grundlagen der Friedensverträge von Versailles und St. Germain wendet.

Die italienische Krisis.

Wenige Wochen nach der glanzvollen Durchführung der Konferenz von Genua mußte der Sturz des Ministeriums Facta nicht nur der außer-italienischen Welt ziemlich überraschend kommen. Das Ausland hatte die inneritalienischen Parteigegensätze nicht so gewichtig eingeschätzt, um bei einem für das Königreich glimpflichen Fortgang der äußeren Politik den Bestand der Regierung für gefährdet zu halten. Und der Londoner Besuch des Außenministers Schanzer, der sich viele Wochen lang hinzog, schien doch der italienischen Sache wenigstens soweit förderlich gewesen zu sein, daß der Minister sich schließlich mit den Ergebnissen seiner Verhandlungen in der Heimat wieder sehen lassen konnte. Statt dessen ist er in der Kammer mit seiner Berichterstattung recht kühl aufgenommen worden, und bald darauf wurde ihm mitsamt dem ganzen Kabinett das offene Mißtrauen der Kammer ausgesprochen.

Die voraufgegangene Debatte ergab ein Bild parlamentarischer Unordnung, wie man es in einem so parlamentarisch gewohnten Lande kaum für möglich halten sollte. Man sah ein geradezu trostloses Durcheinander der Parteien und erhielt fast den Eindruck, als sollte sich diese Volksvertretung sozusagen in einen Urbrei zusammenhangloser Kritiker auflösen. Tausend Unzufriedenheiten strömten zu einem Meer von Unwillen gegen die Regierung zusammen, mit dem Erfolg, daß nun kaum jemand zu sagen weiß, wie man zu einer neuen Mehrheitsbildung und damit zu einem neuen Kabinett mit fester parlamentarischer Grundlage gelangen soll. Anscheinend waren es mehr Gründe der inneren als der äußeren Politik, die diesen unerwarteten Zusammenbruch herbeiführten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes haben sich nach kurzen Perioden der Besserung mehr und mehr verschlechtert, Handel und Industrie kämpfen mit den gleichen Schwierigkeiten, die überall sonst in der Welt dem Wiederaufbau entgegenstehen, der Absatz stockt, und die Kaufkraft der Bevölkerung schwindet. Die Not im Volke wird immer drückender empfunden, und der Unwille darüber bedroht den inneren Frieden des Landes mehr und mehr. So kam es, daß die Faszisten- oder Nationalistenpartei, nachdem sie schon einmal einen Burgfrieden gelobt hatte, wieder lebendig wurde; es häuften sich die Fälle, wo sie sich berechtigt glaubte, der sozialistischen Agitation mit Waffengewalt entgegenzutreten, wo sie ganze Stadtverwaltungen in ihre Gewalt brachte, wo sie mit Feuer und Schwert für ihre Interessen eintrat, um den von links gehandhabten Klassenkampf, da die Regierung ihn gewähren ließ, auf ihre Art unwirksam zu machen. Und gerade in den letzten Wochen hatten sich nun die Fälle dieser bewaffneten Aktion wieder stark gemehrt, und so war die Kammerstimmung von einer Nervosität beherrscht, in der vernünftigere Überlegungen unweigerlich verloren gingen; man fühlte nur die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Situation, und so mochte vielleicht wirklich nichts anderes übrig bleiben, als durch eine unmißverständliche Entscheidung eine Neuordnung der Dinge zu erzwingen.

Für den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung kommen auch in Italien immer wieder die gleichen Männer in Frage; der Vorrat an schöpferischen Politikern ist jetzt allerwärts nicht weniger als groß. Man nennt Orlando, man nennt Giolitti, man nennt Nitti. Es ist wohl berechtigt, anzunehmen, daß Nitti, der auf eine Zusammenarbeit der Sozialisten mit den katholischen Popolari hinwirkt, im Augenblick die meisten Aussichten habe. Die Lage wird indessen dadurch außerordentlich erschwert, daß die Sozialisten mit ihren rund eineinhalb Hundert Mandaten nicht wissen, ob sie mit einer bürgerlichen Partei in der Regierung zusammenarbeiten sollen oder nicht, und daß sie auch sonst noch untereinander die schärfsten Meinungsverschiedenheiten durchzufechten haben. Auch sie kranken an den Gegensätzen, die wir im deutschen Sozialismus hinreichend kennengelernt haben, und so weiß man nicht, wie weit sie ernstlich bei einer Mehrheitsbildung in Betracht kommen können. Nicht viel klarer liegen die Verhältnisse bei der Rechten, die ihrerseits in lauter Gruppen und Grüppchen zerfällt und von den dreißig Faszisten unter Führung Mussolinis so ziemlich beherrscht wird. Diese kleine Partei verfügt im Lande über eine militärisch organisierte und außerordentlich stramm disziplinierte Anhängerschaft, deren eigentliches Programm in der Hauptsache gegen den internationalen Charakter der Linksparteien gerichtet ist; sie stellt die nationale Idee in den Mittelpunkt ihrer Volksarbeit, womit sie nachgerade schon ziemlich eine Million Mitglieder in allen Ständen des Volkes gewonnen hat. Wenn jetzt aus der Erregung des Augenblicks der Zentralausschuß des italienischen Arbeiterverbandes einen Generalstreik für ganz Italien beschlossen und die Arbeiterschaft von Mailand mit seiner Durchführung bereits begonnen hat, so wird diese Kampfesweise zweifellos von den Faszisten als eine Herausforderung empfunden und entsprechende Gegenwehr zur Folge haben.

So drängt eigentlich alles mehr zu einer diktatorischen als zu einer parlamentarischen Lösung der Krisis. Im ersten Falle würde man den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges, im zweiten eine Verschleppung der Krisis zu gewärtigen haben, die das Übel, an dem das Land erkrankt ist, nur vergrößern muß. Italien erntet in diesem Zustand der Dinge nur einen Teil der Saat ein, die es mit seiner Beteiligung am Weltkriege ausgelegt hat. Daß es so kommen werde, ist ihm, als es noch Zeit war, von deutschen Freunden eindringlich genug vorhergesagt worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Markverhandlungen mit Belgien wieder gescheitert.

Die Verhandlungen über das deutsch-belgische Markabkommen waren vor einiger Zeit wieder aufgenommen worden und soweit gediehen, daß der Abschluß des Abkommens unmittelbar bevorstand. Die belgische Regierung verlangte aber, daß das in Belgien vorhandene, noch nicht liquidierte Barvermögen deutscher Reichsangehöriger — dazu gehören Bankguthaben und Sparkassenbücher — nicht unter die Freigabe fallen solle. Die Annahme des ersteren Antrages der belgischen Regierung würde bedeuten, daß die ganzen Ersparnisse der wirtschaftlich schwächeren Auslandsdeutschen verloren wären. Ein weiteres belgisches Verlangen hätte zur Folge gehabt, daß das unbewegliche Eigentum der Auslandsdeutschen in Belgien auf einen geringfügigen Wert zusammenschmilzt. Die deutsche Regierung konnte diese Bedingungen nicht annehmen. Die belgische Regierung brach wegen Nichtannahme der beiden Punkte die Verhandlungen ab.

Ablieferung von Oderschiffen.

Auf Grund des Versailler Vertrages ist durch den amerikanischen Schiedsrichter auch ein Schiedsspruch bezüglich der Schiffsabtretung auf der Oder gefällt worden. Obgleich die deutsche Regierung in zahlreichen Denkschriften und Verhandlungen den Standpunkt vertreten hat, daß eine Schiffsabtretung auf der Oder nicht in Betracht kommen könne, insbesondere weil im Gegensatz zu den andern internationalisierten Strömen Rhein, Elbe und Donau die schiffbare Oder ausschließlich auf deutschem Gebiet verläuft, sind nach dem Schiedsspruch dennoch abzutreten: An die Tschechoslowakei 35 700 Tonnen Kahnraum, 5685 Pferdekräfte Schleppkraft sowie ein Liegeplatz in Oppeln; an Polen 40 700 Tonnen Kahnraum, 4890 Pferdekräfte Schleppkraft sowie ein Liegeplatz in Küstrin.

Die neuen preußischen Disziplinargesetze.

Das preußische Staatsministerium hat für die Neubesetzung der Disziplinarhöfe für nichtrichterliche und richterliche Beamte die Auswahl der neuen Disziplinarrichter dem Minister des Innern und dem Justizminister übertragen, die den andern Ministern ihre Vorschlagsliste schriftlich zur Zustimmung unterbreiten werden. Als Vorsitzender zu dem Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte ist der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht, Beyer, in Aussicht genommen.

Das Staatsdefizit in Bayern.

In der letzten Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des Landtages in München wurde der Staatshaushalt für 1921-22 verabschiedet. Danach ergibt sich für das Jahr 1921 ein Fehlbetrag von 70 Millionen, für 1922 ein solcher von 410 Millionen Mark. Die Deckung der Fehlbeträge wird, nach einer Erklärung des Finanzministers, soweit nicht anders möglich, auf dem Anleihewege erfolgen.

Übergriff der Rheinlandkommission.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat an den Regierungspräsidenten von Wiesbaden, Dr. Momm, und an den Wiesbadener Polizeipräsidenten Krause die Forderung gerichtet, sie sollten ihr angeblich auffälliges Verhalten am Tage der großen Rathenau-Demonstration am 4. Juli rechtfertigen, andernfalls würden sie binnen fünf Tagen ausgewiesen. Bei der Demonstration haben einige Jugendliche etwas Skandal gemacht, wahrscheinlich erst auf französische Anstiftung. Die Franzosen wollen diesen Vorwand benutzen, die beiden ihnen unliebsamen Beamten auszuweisen. Es herrscht allgemeine Entrüstung über dieses plumpe Manöver.

Die Krisis in der deutschnationalen Partei.

Nachdem der Abg. Henning aus der Partei ausgeschlossen und der Abg. Düringer ausgetreten sind, treten die beiden dem deutschvölkischen Flügel der Partei angehörigen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Graefe und Reinhold Wulle mit einer Erklärung hervor, die damit abschließt, daß für sie „unter Vorbehalt etwaiger weiterer Beschlüsse eine Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion zunächst nicht mehr möglich" sei. Die Erklärung bezeichnet den Ausschluß des deutschvölkischen Abg. Henning als einen „Justizmord". Die könnten sie um so weniger widerspruchslos hinnehmen, als ein solches Hinnehmen die Gefahr nach sich ziehen müßte, daß diese Methode sich gegen die gesamten Führer der völkischen Richtung in der Fraktion und damit gegen die völkische Bewegung selbst ausdehnen könnte.

Das mundtot gemachte Saarparlament.

Der neue Landesrat für das Saargebiet ist unter Begleiterscheinungen eröffnet worden, die von vornherein diese Körperschaft als die Karikatur eines Parlaments kennzeichnet. Die in der Sitzung verlesene Botschaft der Regierungskommission brachte den Willen und die Bereitwilligkeit der Regierungskommission zur gedeihlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck, umgrenzte jedoch die Befugnisse des Landesrats sehr scharf. Sie wurde von den Abgeordneten mit eisigem Schweigen aufgenommen. Als dann die Fraktionsvertreter Erklärungen abgeben wollten, wurde das vom Präsidenten unter Hinweis auf die Vorschriften der Regierungskommission nicht zugelassen. Es kam zu lebhaften Szenen, wobei die Politik der Regierung scharf verurteilt wurde. Nicht die Abgeordneten, sondern die Regierung treffe die Schuld, wenn keine gedeihliche Zusammenarbeit erzielt werde. Nach einer Unterbrechung der Sitzung erklärte sich der Präsident endlich mit der Verlesung der Erklärungen einverstanden. Diese waren durchweg ein feierliches Treugelöbnis zum deutschen Vaterlande. Auch die Kommunisten sagten der Saarregierung schärfsten Kampf an.

Holland.

× **Internationale Gewerkschaftskonferenz.** In der Sitzung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz erstatteten die deutschen Delegierten Wels und Crispien einen ausführlichen Bericht über die politischen Zustände in Deutschland und über die zur Verteidigung der republikanischen Staatsform in Deutschland getroffenen Maßnahmen. In der Aussprache wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Aufrichtung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der Reaktion dargelegt und eine gemeinsame Aktion befürwortet. Es wurde eine Kommission zur weiteren Aktion gewählt.

Nordamerika.

× **Amerikanische Ansprüche gegen Deutschland.** Im Senat forderte der demokratische Führer Underwood die Schaffung eines Ausschusses von sechs Mitgliedern für die Ansprüche auf feindlichen Besitz, der über die Ansprüche amerikanischer Bürger gegen Deutschland befinden solle. Underwood sagte, die amerikanischen Ansprüche beliefen sich auf insgesamt etwa eine Milliarde Dollar. Man glaube zwar, daß einige Ansprüche übertrieben würden, doch werde die Gesamtsumme auf etwa 400 Millionen Dollar herauskommen. Der Republikaner Borah und der Demokrat Walsh wandten sich gegen den Grundsatz der Beschlagnahme deutschen Eigentums. Mitglieder des Ausschusses für die auswärtigen Beziehungen sagten, es sei inoffiziell bekannt, daß Hughes in Verhandlungen über einen Vertrag mit Deutschland zum Zwecke der Errichtung eines Ausschusses für die beiderseitigen Ansprüche stünde, dieser Vertrag dürfte den Plan von Underwood durchkreuzen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. In Swinemünde ist die Interalliierte Oberkommission zu einer Tagung zusammengetreten, auf der die Oderschiffahrtsakte vereinbart werden soll. Deutschland ist durch drei Delegierte vertreten.

Weimar. Das thüringische Staatsministerium hat angeordnet, daß an öffentlichen Dienstgebäuden des Landes bis längstens 1. September 1922 die Wahrzeichen des monarchistischen Systems zu beseitigen sind. Den Beamten ist es nicht gestattet, ohne besondere Genehmigung der vorgesetzten Behörden in den Diensträumen Bilder oder Büsten anzubringen.

Münster. Auf Grund von Anzeigen, daß die Ortsgruppe Münster des verbotenen Bundes der Aufrechten weiterbestehe, fanden hier Durchsuchungen statt, bei denen verdächtiges Material aufgefunden und beschlagnahmt worden sein soll. Der Schriftführer der Ortsgruppe Münster wurde festgenommen.

Danzig. Ein englisch-belgisches Bankkonsortium hat der polnischen Regierung eine langfristige Anleihe von zwei Millionen Pfund Sterling zum Ankauf von Eisenbahnmaterial angeboten.

Berlin. Reichskanzler Dr. Wirth wird sich nach Beendigung der Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß Mitte nächster Woche zu einem längeren Erholungssommerurlaub nach Süddeutschland begeben.

Berlin. Bei den Unabhängigen schweben Beratungen über die Einberufung des Parteitages schon für den Monat August, um zur Frage der Einigung der beiden sozialistischen Parteien Stellung zu nehmen.

Wien. Der Nationalrat genehmigte den Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Deutschen Reiche zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung.

Plymouth. Der deutsche Botschafter in Japan Dr. Solf traf hier ein. Er erklärte es für unwahr, daß er der Nachfolger Rathenaus als Außenminister werden solle. Ferner traf noch der deutsche Botschafter in Washington Wiedfeldt ein, der eine gleiche Erklärung abgab.

Die Moratoriumfrage.

Note der Reparationskommission über Deutschland

Der nach Berlin entsandte und mittlerweile nach Paris zurückgekehrte Garantieausschuß hat der Reparationskommission Bericht erstattet. Nach einer veröffentlichten Note hat der Garantieausschuß das Ergebnis seiner Berliner Verhandlungen in einer Reihe von Dokumenten niedergelegt, die der Garantieausschuß der deutschen Regierung übergeben hat. Der Finanzminister hat im Namen der deutschen Regierung erklärt, daß er mit den in diesen Dokumenten enthaltenen Bestimmungen einverstanden sei.

Der Garantieausschuß ist zu dem Resultat gekommen, daß eine wesentliche Einschränkung der im Reichsbudget vorgesehenen Ausgaben nicht möglich ist. Die Kommission glaubt besonders, die Streichung der für Besserung der Volksgesundheit vorgesehenen Summen nicht fordern zu

dürfen. Sie erkennt weiter die Notwendigkeit an, daß das deutsche Eisenbahnnetz den neuen Grenzführungen angepaßt werden müsse.

Neue Steuern sind kaum notwendig, falls die bestehenden Steuern gewissenhaft eingezogen werden. Die Zwangsanleihe soll möglichst rasch und ebenfalls vor Ende des Jahres durchgeführt werden.

Besondere Maßregeln sollen gegen die andauernde Kapitalflucht und die Ausartungen der Börsenspekulation mit fremden Werten ergriffen werden.

England fordert dringliche Maßnahmen.

Zu einem Bericht äußert sich das Londoner Bureau Reuter: Trotz der Beilegung der inneren Krise dauert der Niedergang der Mark in alarmierender Weise an. Es ist daher dringend notwendig, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um die Lage der Wechselkurse zu verbessern, die im Augenblick wichtiger ist als irgendeine andere Frage. Man begegnet allgemein der Auffassung, daß unverzüglich eine Aktion unternommen werden muß, andernfalls fürchte man, daß sich katastrophale Folgen ergeben würden.

Der englische Vertreter der Reparationskommission, Mr. Bradbury, schlägt folgende Form des Moratoriums für Deutschland vor: Die Zahlungen für 1924 werden zunächst überhaupt ausgesetzt und gestundet. Die Zahlungen für 1922 und 1923 werden auf die Zeit bis zum Jahre 1924 verteilt, sodaß sich Monatsleistungen in Höhe von etwa 20 bis 30 Millionen Goldmark ergeben.

Wie der „Pall Mall Gazette" mitteilt, glaubt man, daß auch Lloyd George eher zugunsten einer Anleihe neigt, die notwendigerweise mit einer Reduzierung der deutschen Schuld Hand in Hand gehen müsse, als daß er ein Moratorium befürwortet, dem er lediglich die Wirkung zuschreibt, daß es die Schwierigkeiten hinausschiebt, die im Interesse der industriellen und finanziellen Lage der Welt so schnell als möglich beseitigt werden müssen. Man hegt außerdem die Überzeugung, daß bei der nächsten Zusammenkunft der Verbündeten bedeutsame Vorschläge für eine Abschreibung der deutschen Schuld erzielt werden.

Quertreibereien Poincarés.

Poincaré hat dem Vorsitzenden der Reparationskommission schriftlich mitgeteilt, daß die Gewährung eines neuen Moratoriums für Deutschland nach Auffassung der französischen Regierung von der vorherigen Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht werden müsse. Eine dieser Bedingungen soll die Bildung eines Pfandes für eine internationale Anleihe durch Hypothekarisierung der staatlichen Wälder und Gruben sowie sonstigen Staatseigentums sein. Von gut unterrichteter englischer Seite wird dagegen erklärt, Lloyd George werde Poincaré die völlige Streichung der französischen Schuld anbieten und als Gegenleistung die Zustimmung Frankreichs zu einer starken Herabsetzung der deutschen Schuld und zu einer Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinlande auf ein Viertel des gegenwärtigen Standes fordern.

Rechtsgültigkeit der Schutzgesetze.

Zustimmung zur Einkommensteuernovelle.

Der Reichsrat hielt eine Sitzung ab, in der er sich mit den vom Reichstage verabschiedeten Steuervorlagen und den Gesetzen zum Schutze der Republik beschäftigte. Staatsrat Dr. v. Wolf erklärte im Namen der bayerischen Regierung, daß diese ihren Einspruch gegen die Schutzgesetze auch nach den vom Reichstage beschlossenen Änderungen aufrecht erhalte. Dieser Einspruch Bayerns wurde von den Vertretern der andern Länder nicht unterstützt. Der Reichsrat stimmte den Schutzgesetzen zu, die damit rechtsgültig geworden sind. Gegen die Novelle zum Einkommensteuergesetz erhob Thüringen Einspruch, der aber auch keine Unterstützung fand. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz wurde ebenso wie die übrigen Steuervorlagen in der Fassung angenommen, die der Reichstag ihr in dritter Lesung gab.

Richtlinien für Preußen.

Die gleich nach Rathenaus Ermordung erlassenen Verordnungen zum Schutze der Republik (26. und 29. Juni) haben in ihren Ausführungen manchmal Zweifel erstehen lassen, und es sind zahlreiche Beschwerden erfolgt. Darauf hat nun der Minister des Innern Severing neue Richtlinien veröffentlicht, nach denen bis zur Einführung der neuen Reichsgesetze zu verfahren ist.

Verbote von Vereinen, Versammlungen, Aufzügen, Kundgebungen, patriotischen Druckschriften sind nicht von Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zu erlassen, sondern vom Oberpräsidenten. Der Entscheidung ist, für eine Nachprüfung bei eingereichter Beschwerde, eine Begründung beizugeben. In Anbetracht der Lage ist ein scharfes Durchgreifen erforderlich. Die Verbote sind in der Regel auf die volle Dauer der gegebenen Zeit zu erstrecken.

Für das Verbot von Versammlungen, Aufzügen usw. genügt die Besorgnis, daß es bei ihnen zu Erörterungen unerwünschter Natur kommen werde, zu Auflösung und dem Verbot von Vereinen und Vereinigungen bedarf es der Tatsache, daß solche Bestrebungen verfolgt werden.

Im einzelnen bemerkt der Minister noch folgendes:

Für Versammlungen und Feiern, die schon auf Grund der besonderen Verordnung über das Verbot bestimmter Versammlungen vom 26. Juni 1922 durch meine Bekanntmachung vom gleichen Tage verboten sind, bedarf es eines Verbotes gemäß § 1 der ersten Verordnung zum Schutze der Republik nicht mehr. Die Durchführung dieses allgemeinen Verbots obliegt den Ortspolizeibehörden, die hierin von den Regierungspräsidenten und Landräten zu überwachen sind. Unter dieses Verbot fallen auch Veranstaltungen, die auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutze der Republik einem Verbot nicht unterliegen würden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der „anderen Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile", die bis auf weiteres, wie die Regimentsfeiern schlechthin, verboten sind. Ein Beschwerderecht ist den von diesem Verbot betroffenen Veranstaltungen nicht gegeben.

Von diesem Verbot werden auch die Veranstaltungen der Kriegervereine betroffen, die sich fraglos aus Angehörigen ehemaliger Truppenteile zusammensetzen. Verboten sind jedoch nur Feiern und Veranstaltungen, nicht dagegen die zur Erörterung wirtschaftlicher und geschäftlicher Angelegenheiten der Vereine erforderlichen, ausschließlich den Mitgliedern zugänglichen Vorstandssitzungen, Vertretersitzungen und satzungsmäßigen Tagungen, sofern sie in geschlossenen Räumen stattfinden.

Die Veranstaltungen von Schützenvereinen fallen nicht ohne weiteres unter dieses allgemeine Verbot. Es werden auch nur in Ausnahmefällen die Voraussetzungen zu einem Verbot gemäß § 1 Abs. 1 der Verordnung zum Schutze der Republik gegeben sein. Diese Veranstaltungen können jedoch gemäß Artikel 123, Absatz 2 der Reichsverfassung von der Ortspolizeibehörde dann verboten werden, wenn mit ihrer Abhaltung eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbunden ist. Eine etwa vorhandene Besorgnis der unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kann insbesondere dadurch beseitigt werden, daß bei Aufzügen Waffen nicht mitgeführt werden, daß die Farben Schwarz-Weiß-Rot nicht gezeigt werden und daß Preisschießen unterbleiben.

Tätlichkeiten im Braunschweiger Landtag

Sepp Oerter in Aktion.

Braunschweig, 21. Juli.

Auf der Tagesordnung der heutigen Vormittagssitzung der Landesversammlung stand die Ergänzungswahl zum Staatsministerium, die durch den Rücktritt des Ministers Kaefer von der Deutschen Volkspartei notwendig geworden war. Die Unabhängigen schlugen den Landtagsabgeordneten Grotewohl und den Schriftleiter der hiesigen „Freiheit", Reichstagsabgeordneten Vogtherr, zu Ministern vor. Abg. Regensburger erklärte, die Demokraten seien grundsätzlich zur Koalition bereit, würden aber nicht bedingungslos eine solche eingehen. Im Verlaufe der Rede des Abg. Oerter (Wilder) kam es zu stürmischen Szenen. Oerter griff Vogtherr aufs heftigste an und bezeichnete ihn als völlig ungeeignet für den Ministerposten. Die Unabhängigen machten verschiedene Zwischenrufe, auf die Oerter einging. Schließlich drang ein Abgeordneter der Unabhängigen mit erhobener Faust auf Oerter ein, ein anderer erhob einen Stuhl gegen ihn. Oerter wurde zusammengedrängt und es bildete sich ein förmlicher Knäuel um ihn. Nachdem die Sitzung infolge des Tumults vorübergehend unterbrochen worden war, brachte der Ältestenrat sein Mißfallen über die provozierende Art des Abgeordneten Oerter und über die Vorgänge im Saal zum Ausdruck. Darauf wurde der Landtag und die Umbildung der Regierung bis zum Herbst vertagt.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 24. Juli 1922.

□ **Zur Wetterlage.** Die Folgen des katastrophalen Wettersturzes in der zweiten Juliwoche machten sich auch in der dritten Juliwoche unangenehm bemerkbar. Ein ungewöhnlich starkes Tiefdruckgebiet mit einem Kern von 731 Millimetern zog, von der Nordsee kommend, zu Anfang der Woche längs der deutschen Küste nach Osten. Schwere Stürme und starke Niederschläge waren die Folge. In verschiedenen Orten fielen Mengen, die den Durchschnittsmengen der Monate Juni und Juli zusammen entsprachen. Infolge des Sturmes entstanden allenthalben schwere Schäden. Die Temperaturen sanken in ganz Mitteldeutschland und Norddeutschland erheblich und lagen in den Morgenstunden bei 10 Grad Celsius. Die Aufklärung, die Mitte der Woche eintrat, scheint zunächst nicht von allzu langer Dauer zu sein. Wohl ist eine erhebliche Erwärmung eingetreten. Da jedoch auf dem Atlantischen Ozean ein neuer Tiefdruckwirbel aufgetaucht ist, muß auch für die nächsten Tage noch, besonders im Norden, mit überwiegend veränderlichem Wetter gerechnet werden. In Süd- und Südwestdeutschland dürfte sich die Witterung dagegen etwas günstiger gestalten.

□ **Die Haftung der Sparkassen und Girozentralen.** Neuerdings wird in weiten Kreisen die Behauptung verbreitet, daß die volle Haftung der Sparkassen seitens der Gemeinden aufgehoben worden sei, und daß sich hierdurch auch die Sicherheitsgrundlagen der Girozentralen im beträchtlichen Maße geändert hätten. Die Behauptung, die geeignet ist, das Vertrauen zu den Sparkassen und Girozentralen zu beeinträchtigen, ist unwahr. An der Haftung der Kommunalverbände den Sparkassen gegenüber hat sich nichts geändert.

□ **Entschädigungs- und Erstattungsanträge aus dem Eisenbahnverkehr.** Der Betrag, bis zu dem die größeren Güter- und Eilgutabfertigungen Anträge auf Entschädigungen aus dem Frachtvertrag über die Beförderung von Gütern und lebenden Tieren wegen Verlustes, Minderung, Beschädigung oder Lieferfristüberschreitung zu erledigen befugt sind, ist von 300 Mark auf 5000 Mark erhöht worden. Die Zuständigkeit der Ämter, Inspektionen usw. ist auf 50 000 Mark für Entschädigungsansprüche und auf 25 000 Mark für Erstattungsanträge in jedem Falle festgesetzt worden.

—* **Der Bezirksausschuß zu Arnsberg** erläßt folgende Bekanntmachung: Gemäß der Jagdverordnung vom 15. Juli 1907 wird für den Regierungsbezirk Arnsberg der Schluß der Schonzeit festgesetzt: a) für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner für die Kreise Arnsberg, Brilon Meschede, Wittgenstein, Siegen, Altena und Iserlohn Stadt und Land auf den 3. September 1922 (Jagderöffnungstag 4. September), für die übrigen Kreise auf den 20. August 1922 (Jagderöffnungstag 21. August); b) für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen, sowie c) für Birk-, Hasel- und Fasanenhähne auf den 15. September 1922 (Jagderöffnungstag 16. September).

+ **Halver,** 22. Juli. Einigung in der Metallindustrie. Die Mitglieder der Gewerkschaften hatten wegen Lohnstreitigkeiten am vergangenen Dienstag zum großen Teil die Kündigungen eingereicht. Am letzten Donnerstag ist zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband eine Einigung erzielt worden, sodaß die Werke ihren Betrieb fortsetzen können.

* **Halver,** 22. Juli. Eine Generalversammlung des Spiel- und Sportvereins 1911 fand am Donnerstag abend im Vereinslokal Lückmann (Jägerhaus) statt. Der Geschäftsführer des Vereins, Otto Borneseld, leitete in Verhinderung des ersten Vorsitzenden die Versammlung. Das im Halbjahresbericht entworfene Bild von dem Werdegang des Vereins zeigte eine günstige Entwicklung des Sports in unserem Orte und seiner Umgebung. Es gehören der Vereinigung weit über 200 Mitglieder an. Elf Neuaufnahmen konnten getätigt werden. Den Kassenbericht gab der Kassierer Otto Misse. Es ist ein Reinüberschuß von ca. 2000 Mark zu verzeichnen. Nachdem die Kasse von den Mitgliedern Albert Lehmann, Walter Crone und Ernst Stöcker geprüft und alles in bester Ordnung befunden, stattete der Versammlungsleiter dem Kassenwart den Dank für die mustergültige Kassenführung ab und beantragte Entlastung. Diese wurde dann auch einstimmig von den Anwesenden genehmigt. Der bisherige Ballwart Justus Ikler wurde zum Ehrenballwart ernannt und an dessen Stelle das Mitglied Robert Schilling gewählt. Die Vereinsstunden wurden erneut festgesetzt und zwar nach folgenden Plänen: Mittwoch abend Leichtathletik, Freitag abend Jugendabend, Samstag Spielabend, Sonntag vormittag allgemeine Uebungsstunde.

Dortmund, 21. Juli. Unter dem Verdacht, an dem Bombenattentat gegen den Serbenkönig Alexander im Jahre 1920 beteiligt gewesen zu sein, wurde hier der Ukrainer Alekfiwitsch verhaftet. In der letzten Zeit war Alekfiewitsch als politischer Agitator für die kommunistische Partei in Ungarn tätig. Der Verhaftete reiste ohne Paß und wurde bei einer Straßenbahnfahrt nach Hörde erkannt.

Mag auch die Liebe weinen . .

Roman von **Fr. Lehne.**

56 (Nachdruck verboten)

Graf Ottokar und Cäcilie standen vor dem Wagen. Der Graf hob Lore heraus. Heftig preßte er ihre Hände; sprechen konnte er nicht. Ein tiefes Mitleid faßte Lore für den gebrochenen Mann. Cäcilie umhalste stürmisch ihre geliebte Lore, die ihre tränenüberströmten Wangen auf des Kindes Haar preßte.

Die Gräfin blieb unsichtbar. Lore fand sie auch nicht am Bett des kranken Kindes.

Offi schlief noch nicht — trotz der vorgerückten Abendstunde. Matt und teilnahmslos lag er in den Kissen. Doch als Lore leise zu ihm trat, flog ein Freudenschimmer über sein abgezehrtes Gesicht. Er richtete sich auf und streckte ihr die Händchen entgegen.

„Gut, daß du da bist, Fräulein Lore! Nun bleibst du auch, ja?" flüsterte er. „Du hast mich doch aus dem kalten Wasser gezogen." Er schauerte vor Entsetzen und Furcht zusammen.

Sie legte die schmale Hand auf seine Stirn.

„Offi, ich bleibe immer bei dir, wenn du mir versprichst, daß du nie mehr daran denken willst. Du sollst gesund werden, damit wir recht bald wieder spazieren gehen können."

Es war, als wirke Lores Gegenwart Wunder. Offis Zustand verbesserte sich.

Aber Lore hatte es schwer bei dem verwöhnten, eigensinnigen Knaben. Es gab Nächte, in denen sie nicht aus den Kleidern kam — sie mußte da bei ihm sitzen und seine Hand in der ihren halten, wenn die Angstanfälle kamen. Kaum zum Essen fand sie Zeit. Cäcilie saß immer bei ihr und dem kranken Bruder. Die drei boten oft ein rührendes Bild. Offi hatte seine Mutter beinahe vergessen; nach ihr verlangte er kaum noch. Zähneknirschend stand Gräfin Allwörden manchmal im Zimmer des Kleinen: wie ausgestoßen kam sie sich vor, und glühend begann sie das junge Mädchen zu hassen. Noch nicht einmal hatte sie an Lore das Wort gerichtet; hochmütig sah sie über sie hinweg. Doch Lore kümmerte sich nicht weiter darum; sie wußte, was sie den Kindern und deren Vater war, das genügte ihr. und ihre kurzen Mitteilungen an Mutter und Bruder spiegelten ihre innere Befriedigung wider.

Das törichte Mädchen! dachte Frau Berger. Ach, wenn Lore ahnte, daß es ihr Vater, ihr Bruder, ihre Schwester waren, denen ihre Gegenwart eine so große Beruhigung gab! Maria war in einem Zwiespalt der Gefühle wie kaum je zuvor.

Erich war es leicht ums Herz. Kaum je hatte ihn Jutta so strahlend und froh gesehen, nie war sie verliebter in ihn gewesen — und nie unglücklicher, wenn sie daran dachte, daß es ja doch nicht zu einer Verbindung mit ihm kommen würde.

Schlaflos hatte sie manche Nacht gelegen. Sorgen waren ihr gekommen, von denen sie früher nie etwas geahnt. Niemals würden die Eltern diese Heirat zugeben, so sehr der Vater auch den geliebten Mann schätzte. Und die Mutter, die aus altem, edlem Geschlecht war — Vermessenheit, Wahnwitz war es, nur an diese Möglichkeit zu denken; die Mutter hatte ganz andere, ihr so wohlbekannte Pläne — —

Und wenn sie sich doch den geliebten Mann ertrotzte? Was dann —?

Ach, sie war so verwöhnt in allem; man hatte ihr alles Unangenehme stets fern gehalten. Den Begriff „arbeiten" kannte sie nur vom Hörensagen. Und wie müßte sie sich als schlichte Frau Revierförster einrichten, müßte zu den gröbsten Verrichtungen selbst mit Hand anlegen bei dem kümmerlichen Gehalt, von dem er noch seine Mutter unterhielt! Denn ihre Eltern würden sie nicht unterstützen. Und Toilettenluxus gab es für sie nicht mehr, für sie, die sich so gern schmückte, die schöne, zarte Wäsche, schmiegsame, seidene Strümpfe, elegante Stiefel über alles liebte, so daß ihr Vater manchmal über solche Verschwendung brummte. Mit dem allen war es dann vorbei . . . .

Ein Schaudern überlief sie. Nein, daran durfte sie nicht denken. Sie wollte die Gegenwart genießen! Und nie waren ihre Küsse leidenschaftlicher, heißer, als nach solchen Erwägungen, wenn sie den Geliebten dann in seiner ernsten, männlichen Schönheit sah. Es war, als ob sie sich dann an ihn klammern wollte — an das kurze Glück, das ihr durch seine Liebe ward.

— — — — — — — — — — — — — —

Der sechzigste Geburtstag des Rittergutsbesitzers Hellwig sollte festlich begangen werden. Der Leutnant war schon zwei Tage vorher gekommen. Jutta traf ihn auf dem Postamt im Dorf, wohin sie geradelt war, ein Telegramm aufzugeben. Nach kurzer Begrüßung wollte sie wieder weiter; sie hoffte, Erich zu sehen, um wenigstens einen kurzen Gruß mit ihm auszutauschen — jetzt, in diesen Tagen mußte man doppelt vorsichtig sein. Der Leutnant war ja immer hinter ihr her.

„Einen Augenblick, gnädiges Fräulein! Warum so eilig? Mit Ihrer gütigen Erlaubnis möchte ich Sie begleiten."

„Sehr liebenswürdig, doch ich habe wenig Zeit Herr von Hellwig."

„Ah, ich kann mir denken," er lächelte boshaft. „Nun denn; viel Vergnügen!"

„Was können Sie sich denken, Herr Leutnant?" Jutta wollte ihr Rad besteigen, doch sie hielt inne, nahm den Fuß vom Pedal und sah ihn fragend an.

„Einen Augenblick, gnädiges Fräulein! Dann werde ich Ihnen die Erklärung zu meinen Worten geben — —"

Und sie blieb wirklich, was sie sonst nie getan hätte — aus einem unbestimmten, ängstlichen Gefühl heraus. Er hatte sie gar so spöttisch überlegen und hinterhältig angesehen. Nun beeilte er sich auch gar nicht — ließ sie sogar ein wenig warten.

Das brachte sie in Zorn; sie schwang sich auf ihr Rad.

„Adieu, Herr von Hellwig!" rief sie, im Begriff, davonzufahren.

Er trat in die niedrige Tür des Postamts.

„All Heil, gnädiges Fräulein — besten Gruß an Herrn Förster Berger!" sagte er halblaut, mit scharfer Betonung, so daß sie ihn verstehen mußte.

Der Herzschlag setzte ihr aus — was wußte er! — Einem inneren Zwange gehorchend, sprang sie ab und wartete auf ihn. Langsam kam er ihr nach.

„Was wollen Sie denn? Was habe ich mit Förster Berger zu schaffen?" grollte sie und fühlte zu ihrem Schrecken, wie ihr das Blut heiß ins Gesicht stieg.

„O, das müssen Sie selbst am besten wissen! Ich wage nicht, mich in Ihre innersten Geheimnisse zu drängen noch in die des schneidigen Herrn Revierförsters," entgegnete er mit boshafter Betonung.

Fortsetzung folgt.

Der Schutz der deutschen Minderheiten in Polen.

London. Der Völkerbundsrat erörterte in nichtöffentlicher Sitzung die Minderheitenfrage. Der Generalsekretär und der polnische Vertreter sollen in der Septembersession endgültigen Bericht über den Schutz der Minderheiten in Polen erstatten. Die in der am 3. Juni ratifizierten deutschen Konvention über Oberschlesien enthaltenen Verpflichtungen bezüglich der Minderheiten wurden genehmigt.

Die russische Not.

London. Der Völkerbundsrat erörterte den Vorschlag Nansens auf Bildung einer Untersuchungskommission wegen der russischen Hungersnot. Nansen sagte, die russische Ernte 1922 werde wahrscheinlich 30 Millionen Tonnen ausmachen, d. h. 20 Millionen Tonnen weniger, als der Verbrauch Rußlands im Inlande vor dem Kriege betragen habe.

Gerard über Deutschland.

Newyork. Der ehemalige Botschafter in Berlin, Gerard, sagte in einer Ansprache, ein sofortiges Nachlassen in den Reparationsforderungen sei nötig, um Deutschland vor dem Ruin zu retten. Die französische Regierung sei geneigt, ihre Ansprüche zu vermindern, fürchte aber zu handeln, weil das französische Volk darauf bestehe, daß der volle Betrag gezahlt werde. Marschall Foch habe ihm erzählt, für Frankreich würde die Besetzung des Ruhrgebietes mehr kosten als einbringen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

(„Brief" = angeboten. „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	21. 7. Geld	21. 7. Brief	20. 7. Geld	20. 7. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland 100 Gulden	18977,00	18423,00	19675,35	19724,65	170 Mk.
Dänemark 100 Kronen	10387,87	10400,13	10736,50	10818,50	112 „
Schweden 100 Kronen	12464,40	12595,60	12983,75	13036,25	112 „
Norwegen 100 Kronen	8629,90	8660,10	8289,60	8310,40	112 „
Schweiz 100 Frank	—,—	—,—	9612,95	9687,05	72 „
Amerika 1 Dollar	484,39	485,61	493,87	499,65	4,40 „
England 1 Pfd.	2152,30	2157,70	2237,20	2242,80	20,20 „
Frankreich 100 Frank	—,—	—,—	4194,75	4205,25	80 „
Belgien 100 Frank	3890,10	3899,90	3957,50	3967,50	80 „
Italien 100 Lire	2287,15	2292,85	2287,10	2292,90	80 „
D.-Österr. 100 Kronen	1,38	1,42	1,63	1,67	85 „
Ungarn 100 Kronen	30,21	30,29	34,55	34,65	85 „
Tschechien 100 Kronen	1026,70	1029,30	1133,55	1136,45	

Berlin, 21. Juli. Polenmark an der heutigen Börse 8,05 Pf.

* **Berliner Produktenbörse vom 21. Juli.** Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 1125—1135. Matter. Roggen, märkischer 825—835. Matter. Sommergerste 1010—1030. Matter. Hafer, märkischer 970—1000. Ruhig. Mais ohne Provenienzangabe prompt 830—835 ab Hamburg, loko Berlin 850 bis 860. Matter. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 2875—3125, feinste Marken über Notiz bezahlt. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 2025—2225. Ruhig. Weizenkleie 680—690. Etwas schwächer. Roggenkleie 690. Kaum behauptet. Raps 1800—1900. Stetig. Leinsaat 1800—2000. Stetig. Erbsen, Viktoria 1300—1350, kleine Speiseerbsen 1100—1150, Futtererbsen 950—990, Peluschken 950—990, Ackerbohnen 950—990, Wicken 900—1100, Lupinen, blaue 650—750, gelbe 950—1100, Rapskuchen 725—750, Leinkuchen 1100—1150, Trockenschnitzel 306—650, vollwert. Zuckerschnitzel 680—740, Torfmelasse 30-70 430—450 M. Rauhfutter. (Preisnotierungskommission des Fachausschusses der Handelskammer.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 205—225, desgl. Haferstroh 205—235, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 190—220, gebündeltes Roggenlangstroh 205 bis 235, loses und gebündeltes Krummstroh 170—190, Häcksel 270—285, handelsübliches Heu 370—410, gutes Heu 410 bis 480 M.

* **Das Goldzollaufgeld.** Für die Zeit vom 26. Juli bis einschließlich 1. August beträgt das Goldzollaufgeld 10,40 Prozent.

* **Deutsch-amerikanischer Schiffsdienst.** Generaldirektor Dr. Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie, der aus Newyork kommend in Plymouth eingetroffen ist, erklärte, daß in der nächsten Saison zwei neue Dampfer „Albert Ballin" und „Deutschland" den Newyorker Dienst aufnehmen und dabei französische und englische Häfen anlaufen werden.

* **Antimon im Harz.** Bei Wolfsberg im Harz ist von Harzer Bergbauindustriellen der Antimonbergbau wieder in Angriff genommen worden. Die ausländischen Antimonpreise haben sich so maßlos erhöht, daß die einheimische Gewinnung wieder mehr Aussicht hat. Antimon wird sonst noch in Baden, Sachsen, Tirol, ferner in Böhmen, Ungarn, Frankreich, Canada, Californien, Japan usw. gewonnen.

* **Ägypten und der deutsche Handel.** Ein Ersuchen des deutschen Geschäftsträgers in Kairo, allen deutschen Geschäftshäusern die Bewilligung zur völligen Wiederaufnahme ihrer Handelstätigkeit in dem unabhängigen ägyptischen Staate zu gestatten, lehnte die ägyptische Regierung mit der Begründung ab, daß angesichts der wirtschaftlichen Krisis Ägypten kein erfolgversprechendes Betätigungsfeld für den deutschen Handel darstelle.

* **Freie Kohlenausfuhr aus Polnisch-Oberschlesien?** Dem Vernehmen nach hat die polnische Regierung die Ausfuhrbeschränkung für Kohle aus Oberschlesien und Altpolen mit Wirkung vom 15. Juli vorläufig auf drei Monate aufgehoben.

* **Brotverteuerung in Wien.** Infolge der vermehrten Geldentwertung trat am Mittwoch, den 19. d. M., eine Brotpreiserhöhung auf 2170 Kronen ein. Eine weitere Verteuerung des Brotpreises steht bevor. Die übrigen Lebensmittel wie Fett, Zucker und Mehl haben sich im gleichen Maße verteuert.

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Zulagen für Angestellte im Ruhrbergbau.) Bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern des Zechenverbandes und der Angestelltenverbände wurde folgende Vereinbarung getroffen: Für die Zeit vom 15. Juni bis Ende Juni wird auf das Maigehalt eine Zulage von 15 Prozent, für den Monat Juli auf das Maigehalt eine Zulage von 40 Prozent gewährt. Die Stellenzulage wird um je 100 Mark erhöht.

Newyork. (Streikunruhen.) In Wheeling (West-Virginien) setzten streikende Kohlenarbeiter einen Teil der Anlagen des Richland-Bergwerks in Brand. Zehn Personen wurden bei einem Zusammenstoß getötet, darunter der Sheriff und mehrere seiner Beamten.

Magdeburg. (Landarbeiterstreik.) In den Kreisen Stendal, Osterburg, Gardelegen und Wolmirstedt ist wegen Lohnstreitigkeiten ein Landarbeiterstreik ausgebrochen.

Stockholm. (Ausstand von Telephon- und Bahnangestellten.) Das Personal der großen schwedischen Privateisenbahnen hat wegen Lohnstreitigkeiten beschlossen, in den Streik zu treten. Die Telephonbeamten in Stockholm und Gothenburg sind in den Ausstand getreten. Ortsgespräche können nicht mehr stattfinden. Dagegen wird der Fernverkehr aufrechterhalten.

Washington. (Stillegung der Eisenbahnen.) Der Eisenbahnerstreik beginnt sich im ganzen Lande fühlbar zu machen. Zahlreiche Züge fallen aus. Die noch im Verkehr befindlichen Züge fahren langsamer as bisher. — Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" sind infolge des Eisenbahnerstreiks mehr als 170 Eisenbahnzüge aus dem Fahrplan gestrichen worden. Aus einzelnen Orten des Landes werden Unruhen gemeldet.

Kalkutta. (Arbeiterbewegung in Indien.) Achtundzwanzigtausend Arbeiter der Jutewebereien in Kamarhati, Khardah und Titighur sind in den Streik getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Bestrafte Aktendiebe.** Das Schwurgericht in Düsseldorf verurteilte den Justizobersekretär Hans Weinberg, den Justizwachtmeister Karl Röder und den Gerichtsaktuar Anton Marx wegen Aktendiebstahls, begangen im Düsseldorfer Landgericht, zu empfindlichen Strafen, und zwar den ersten Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, den zweiten zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den dritten zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

§ **Ein Deutscher von den Franzosen als Spion verurteilt.** Ein französisches Kriegsgericht in Mainz, das hinter verschlossenen Türen tagte, verurteilte den ehemaligen Unteroffizier der deutschen Armee Stessens wegen versuchter Spionage gegen Frankreich zu 20 Jahren Gefängnis. Nach der Anklage hat Stessens sich bemüht, Aufnahme in den Wiesbadener französischen Geheimdienst zu finden, auch hatte er sich bereiterklärt, als Agent im Dienste Frankreichs zu wirken. Die politische Polizei stellte jedoch bald fest, daß er falsche Papiere vorgewiesen und unter falschem Namen sich einzuschmuggeln versucht hatte. Auf Grund dieses Tatbestandes erfolgte das oben erwähnte Urteil.

Kohlenbericht Elektrizitätswerk Mark.

Lagerbestand.

Kraftwerk:	Herdecke	Elverlingsen	Siesel
18. 7. 22.	555 t	397 t	770 t
19. 7. 22.	507 t	470 t	755 t
20. 7. 22.	502 t	470 t	735 t

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Freitag morgen 2 Uhr verschied infolge Unglücksfalles im Städtischen Krankenhause zu Lüdenscheid unser lieber Sohn, Bruder, Enkel und mein lieber Bräutigam

Franz Wahle

im Alter von 26 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie A. Wahle
H. Schönnenberg.
Mariechen Schönnenberg
als Braut.

Nieder-Marsberg und Berken, den 22 Juli 1922.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 25. Juli, morgens in Nieder-Marsberg statt.

Nachruf!

Am 20. ds. Mts. starb in dem Städtischen Krankenhause zu Lüdenscheid infolge eines erlittenen Unglücksfalles unser lieber Sangesbruder

Franz Wahle.

Wir verlieren in ihm ein treues und reges Mitglied. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

M.-G.-V. „Liederkranz",
Anschlag.

Trauerdrucksachen werden angefertigt Wilh. Bell jr., Halver

Verkauf nur I. Etage

Für unsere Kundschaft alle Vorteile

Günstige Einkäufe auch schon für den Winter

Damen-Mäntel, Kinder-Mäntel, Kleider, Blusen, Röcke, Jackenkleider, Strickjacken

Anzüge, Schlüpfer, Gummi- und Loden-Mäntel, Hosen, Joppen.

Münch-Berg,
HAGEN i. W.
12 Elberfelderstraße 12

In das Handelsregister A Nr 791 ist heute die offene Handelsgesellschaft **Koch & Co., Oberbrügge** eingetragen Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1922 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: 1. Fabrikant **Otto Koch in Ahelle bei Oberbrügge**, 2. Schleifer **Fritz Dunkel in Schalksmühle**, 3 Hammerschmied **Fritz Frase zu Schalksmühle** Zur Vertretung der Gesellschaft sind je 2 Gesellschafter gemeinschaftlich ermächtigt

Lüdenscheid, den 15. Juli 1922.

Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr. 562 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft **Becker & Comp., Halver i. Westf.** eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst Die Firma ist erloschen

Lüdenscheid, den 15 Juli 1922

Amtsgericht.

In das Handelsregister B Nr. 57 ist heute bei der Firma **Isolierrohrwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Halver i Westfalen** eingetragen worden: Der Kaufmann und Fabrikant **Paul vom Brocke** ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Für ihn ist der Kaufmann **Karl Schwager in Halver** zum Geschäftsführer bestellt Dem Ingenieur **Albert Mühlhof in Halver** ist Prokura erteilt

Lüdenscheid, den 15 Juli 1922.

Amtsgericht.

Habe ab meinem Hof in **Kückelhausen bei Breckerfeld**, Telefon Amt Breckerfeld Nr. 4, folgende

Eisenbahnschienen abzugeben:

2	Schienen	à 8.45	Mtr.	lang.
2	„	„ 7.60	„	„
15	„	„ 8.60	„	„
15	„	„ 4.30	„	„
2	„	„ 3.30	„	„
1	„	„ 3.00	„	„
9	„	„ 4.85	„	„
5	„	„ 2.15	„	
3	„	„ 2.00	„	„
2	„	„ 2.20	„	„
64	„	„ 1.60	„	„
1	„	„ 8.53	„	„
1	„	„ 9.40	„	„
2	„	„ 7.20	„	„
2	„	„ 6.80	„	„
2	„	„ 3.30	„	„

Das Gesamtgewicht der Schienen ist 17 000 Klg. und werden nur zusammen abgegeben.

Hugo Voß, Brennerei und Mühle,
Weitmar b. Bochum, Hattingerstr. 79.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)
Pianos
mit Klangsteg D. R. G. M. 458403
Flügel, Harmoniums und Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Kohlenpapier
Farbbänder
in versch. Breiten für Schreibmaschine vorrätig
Wilh. Bell jr., Halver.

Altmetalle
wie: Kupfer, Messing, Blei, Zink.
Eisenschrott
alte Göpel usw.
kauft stets zu höchsten Preisen
Firma
Friedr. Ernst Häusler,
Kierspe-Bhf
Telefon 143, Amt Meinerzh.

Tabak
empfiehlt
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Kl. Kotten
mit Garten und Land und freiwerdender Wohnung sofort oder später zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 3000 B an die Gevelsberger Zeitung, Gevelsberg.

Arbeiterinnen
stellt bei lohnender und dauernder Beschäftigung noch ein
Hugo Wermeckes,
elektrotechnische Fabrik
Schalksmühle.

Hilfsarbeiter
Maschinenfeilenhauer, Härterer, Handhauer
zum Nachkippen gegen hohen Lohn per sofort gesucht.
Bernhard Mundorf,
Feilenfabrik,
Radevormwald,
Blumenstraße.

Suche für kleinen Haushalt (3 Personen) ein
Mädchen
von 15 bis 17 Jahren. Guter Lohn evtl Familienanschluß
Frau Herm. Trotier, Iserlohn
Hagenerlandstr. 13 I.

Betten



Bettfedern
Bettbarchent
alles einzeln oder komplett, billig zu haben im
Bettengeschäft Voß,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.
1261

Mehrere große starke
Kisten
hat abzugeben
Wilhelm Bell jr., Halver.